



Amtsgericht Aachen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Dienstag, 10.11.2026, 11:00 Uhr,
3. Etage, Sitzungssaal A 3.017, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Aachen, Blatt 3083,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Aachen, Flur 66, Flurstück 197, Gebäude- und Freifläche, Hangstraße 26, Größe: 1.486 m²

versteigert werden.

Freistehendes eingeschossiges Einfamilienhaus mit Garage

in einer Sackgasse in Aachen, Stadtteil Steinebrück

Baujahr um 1960, teilweise unterkellert mit ca. 163,50 qm Wohnfläche,

große überdachte Terrasse, Dachgeschoss über Einschubtreppe zugänglich und nur eingeschränkt nutzbar. Garten weist auf der Rückseite sehr starkes Gefälle auf und ist zudem stark verwildert,

über die angebaute Garage ist ein direkter Zugang zur Diele gegeben,

Objekt seit längerer Zeit unbewohnt und in derzeitigem Zustand nicht bewohnbar
-Wirtschaftliche Nutzung setzt mindestens umfangreiche Kernsanierung voraus

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 21.03.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

920.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.